

PREKÄRE ARBEIT

# Zu selten ein Türöffner

Medienberichte im Sommer 2012: Jeder fünfte Leiharbeiter ist 25 Jahre oder jünger, meldet das Hamburger Abendblatt. Das Statistische Bundesamt teilt mit, eine steigende Zahl der Arbeitsverträge sei befristet, besonders für Berufsanfänger. Der NDR berichtet, dass in Mecklenburg-Vorpommern fast jeder vierte Beschäftigte weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdiene, und ergänzt: »Fast zwei Drittel der Niedrigverdiener im Norden sind Frauen. Vor allem Beschäftigte unter 35 Jahren werden hier besonders niedrig entlohnt.« Und die IG Metall betitelt die Ergebnisse einer Umfrage unter Jüngeren gleich mit »Generation prekär«.

Prekäre Arbeitsverhältnisse werden unterschiedlich definiert. In der Regel gehören Minijobs, Leiharbeit und befristete Verträge dazu, aber auch Werkverträge, Teilzeitarbeit, Honorartätigkeiten oder Ein-Euro-Jobs werden als prekär eingestuft. Allen Definitionen ist gemeinsam: Der aus der Arbeit resultierende Lohn reicht nicht zum Leben, und die Zukunftsperspektive ist unsicher. Folglich kann auch ein Vollzeitjob prekär sein. Allein in Hamburg waren 2011 rund 11.500 Menschen in Vollzeit tätig und mussten dennoch »aufstockende Hilfen« der Agentur für Arbeit in Anspruch nehmen.

>>



**DER ZWANG ZUM NEBENJOB**

Laut Studie der IG Metall nimmt prekäre Arbeit bundesweit gerade bei jungen Leuten zu. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten bis 24 Jahre war 2010 befristet, in Leiharbeit oder in einer Maßnahme der Agentur für Arbeit tätig. Viele haben bisher ausschließlich befristet gearbeitet: Bei den unter 25-Jährigen sind es 36 Prozent – und bei den unter 35-Jährigen auch noch 28 Prozent. Befristung ist also kein Phänomen des Berufseinstiegs und hat erhebliche Folgen für den beruflichen Status, die Teilhabe im Betrieb und die Weiterbildungsmöglichkeiten. Befristete Arbeit wirkt sich auch auf das Privatleben aus: Es fehlt an Planungssicherheit etwa für die Gründung einer Familie oder die Altersvorsorge.

Außerdem gibt die Studie Einblick in die finanzielle Situation der jüngeren Generation: Fast ein Viertel übt einen oder mehrere Nebenjobs aus, im Wesentlichen, um finanziell über die Runden zu kommen. Da arbeitet die Erzieherin, die im Kindergarten eine Teilzeitstelle hat, schon mal morgens »vor der Arbeit« bei einer Firma, die Sandwiches belegt, oder jobbt abends in der Kneipe.

Insgesamt steigt die Zahl der mit einem Prekariatsrisiko behafteten Arbeitsverträge. Sie sind auch nicht auf bestimmte Branchen oder Berufe beschränkt. Werden solche Themen bei der Berufsvorbereitung in der Schule angesprochen?

»Nein«, sagt Nele Schröder\*, Schülerin an einem Hamburger Gymnasium, »eher wurde Wert darauf gelegt, dass das Schülerpraktikum Einblicke in akademische Berufe bot.« Die Schülerinnen und Schüler sollten »sich nicht unter Wert verkaufen«, aber eher auf das Ansehen eines Berufes bezogen; um Befristung, Leiharbeit und Verdienst sei es nicht gegangen. Mit ihrem Berufswunsch »Hotelfachfrau«, für den in der Regel der mittlere Schulabschluss ausreicht, war sie ohnehin die Exotin der Klasse. Was der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband bestätigen kann: Es liegt nicht im Trend, im Gastgewerbe zu lernen. So waren allein in Mecklenburg-Vorpommern zu Beginn des Ausbildungsjahres 2012 an die 1300 Ausbildungsplätze unbesetzt. Auch Nele Schröder nahm nach dem Praktikum von ihrem Berufswunsch Abstand: Die Aussicht, nach der Ausbildung nur geringfügig und in Teilzeit beschäftigt zu werden, zusammen mit oft ungünstigen Arbeitszeiten und einem geringen Verdienst, schreckten sie ab.

**WIE IN EINEM HAMSTERRAD**

Die Arbeitgeber – nicht nur in der Gastronomie – verhalten sich zwangsläufig kostenbewusst: Der Einsatz von Minijobs, Leiharbeit oder gar die Auslagerung von bestimmten Tätigkeiten per Werkvertrag verschafft ihnen finanzielle und zeitliche Flexibilität. Arno Peukes, Fachbereichsleiter bei ver.di Handel, kennt das zur Genüge. Rund 80 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel seien Frauen, rund 75 Prozent in Teilzeit. »Zwangsteilzeit« nennt Peukes dies, denn viele der Kolleginnen würden gerne Vollzeit arbeiten, erhalten aber keinen entsprechenden Vertrag. Der Arbeitgeber könne die Kräfte so flexibler einsetzen. Zugleich verhindere diese Flexibilität, dass sich die Kolleginnen mit einem Zweitjob das fehlende Geld hinzuverdienen können. »Viele bewegen sich wie in einem Hamsterrad«, so Peukes, »in der ständigen Hoffnung, dass gute Leistungen mit einem besseren Vertrag belohnt werden.«

Diese Beobachtung hat auch Natalie Grimm gemacht. Die Sozialwissenschaftlerin am Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) hat über fünf Jahre 150 Menschen, die zwischen Minijobs, Leiharbeit, Praktika, befristeten Tätigkeiten und staatlicher Grundsicherung hin- und herpendeln, begleitet und interviewt. Ihr ernüchterndes Fazit: Prekär Beschäftigte sind oft »Grenzgänger« am Arbeitsmarkt. Sie gehören nicht richtig dazu, sind aber auch nicht ausgeschlossen. All ihre Aktivität und Flexibilität nützt ihnen wenig: Nur rund 10 Prozent gelingt der Wechsel aus prekärer Beschäftigung in ein »Normalarbeitsverhältnis«. Und selbst wenn: Die während der prekären Zeit erworbene Haltung, stets »mehr als 100 Prozent« geben zu müssen, sich ständig »wohlzuverhalten«, sich nicht für eigene Interessen »gerade zu machen«, diese Haltung bleibt. Wer einen unbefristeten Arbeitsvertrag ergattert hat, lebt dennoch in ständiger Angst, ihn wieder zu verlieren. Prekäre Erfahrungen prägen.

Der KDA, der immer wieder auf psychische Belastungen in der Arbeitswelt stößt und dazu arbeitet, sieht diese Entwicklung mit großer Sorge.

**WERKVERTRÄGE ALS SCHLUPFLOCH**

Die Einführung der als Hartz IV bekannt gewordenen Reformen am Arbeitsmarkt 2002 hatte bis dahin bestehende Regelungen in der Leiharbeit, im Teilzeit- und Befristungsgesetz gelockert und den Verdienst für geringfügig Beschäftigte von 325 auf 400 Euro angehoben – mit dem Ziel, »Brücken zum regulären Arbeitsmarkt« zu bauen. Dies schlug weitestgehend fehl. Immer häufiger wird nun versucht, über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und die Einführung von branchenbezogenen Mindestlöhnen einer Entlohnungsspirale nach unten zu begegnen.

Doch mit Empörung haben gerade Gewerkschafter registrieren müssen, dass die Einführung eines Mindestlohnes in der Zeitarbeit zu einem Anstieg der Werkverträge führte. So wird der Mindestlohn unterlaufen. Es ist zu befürchten, dass sich auch für andere Regelungen Schlupflöcher finden, die der Absicht, Menschen ein auskömmliches Einkommen und etwas mehr Planungssicherheit zu verschaffen, zuwiderlaufen.

Norbert Lüßmann\* war lange über Leiharbeit in Hamburger Firmen als Industriemechaniker tätig. Für ihn hat sich eine Betriebsvereinbarung an seiner letzten Entleihstation ausgezahlt. Er erhielt nach fast zwei Jahren ein Übernahmeangebot und gehört jetzt zum Stammpersonal – mit deutlich höherem Verdienst. Lüßmann findet die 2012 getroffene Tarifvereinbarung zwischen der IG Metall und der Elektro- und Metallindustrie richtig: Sie sieht die Übernahme von Leiharbeitnehmern vor, sofern sie 24 Monate in einem Betrieb tätig waren. Bereits ab dem 18. Entleihmonat sollen Anstrengungen dafür unternommen werden. Trotzdem, so Lüßmanns Befürchtung, werde diese Vereinbarung nur besser Ausgebildeten zu einem festen Arbeitsplatz verhelfen: »Die Helfer werden halt nach 18 Monaten ausgewechselt«.

Daraus wird deutlich: Es bedarf einfacher, klarer und einheitlicher Regelungen ohne Ausnahmen.

**JOBS, DIE ZUM LEBEN REICHEN**

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt hat sich in seiner Stellungnahme für den Schleswig-Holsteinischen Landtag Anfang 2012 klar für einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen. Außerdem fordert der KDA die Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde, anstatt bei den sogenannten Minijobs die Freigrenze für die Sozialversicherung auf 450 Euro zu erhöhen, wie es die Bundesregierung im Herbst 2012 vorhatte. Die Stellungnahmen sind nachlesbar unter [www.kda.nordkirche.de/pressemitteilungen.html](http://www.kda.nordkirche.de/pressemitteilungen.html). Und auch bei weiteren Formen prekärer Arbeit würden sich Beschränkungen und Änderungen lohnen. Vor allem aber gilt es, das eigene Verhalten zu überprüfen und sich als Kundin, Arbeitgeber, Unternehmerin, Kollegin, Tarifvertragspartner, Betriebsrat etc. für angemessene Löhne und Arbeitsverhältnisse einzusetzen. Arbeitsverhältnisse mit Lebensperspektive helfen uns allen mehr als der »günstigste Preis«. Langfristig kostet prekäre Arbeit einfach zu viel.

\*Name geändert

**HEIKE RIEMANN**

Jg. 1963, ist Betriebswirtin. Sie arbeitet seit 1990 für den KDA und ist in der Dienststelle Hamburg für den Bereich Prekäre Arbeitsverhältnisse zuständig.

**Sie mag das Motto des KDA:**

»Es ist Dir gesagt, Mensch, was gut ist und was Gott bei dir sucht: nichts anderes als Gerechtigkeit tun, Freundlichkeit lieben und aufmerksam mitgehen mit deinem Gott« (Micha 6,8).